Der Fall Barth

Köln, 12. Jan. („United Press“) Der Vorsitzende der Dienststrafkammer für den Regierungsbezirk Köln hat sich in einer öffentlichen Erklärung gegen die Behauptung gewendet, daß der evangelische Theologieprofessor Dr. Karl Barth wegen seiner Haltung gegenüber der Leistung des neuen Beamtenereides aus dem Dienst entlassen worden sei. Barth sei vielmehr wegen einiger politisch bedenklichen Äußerungen, wegen seiner Verweigerung der Leistung des deutschen Grußes anlässlich der Vorlesungen an der Universität und wegen seiner für einen deutschen Beamten und Jugenderzieher nicht tragbaren Ablehnung des neuen Staates entlassen worden. Die Eidesleistung habe nur eine untergeordnete Rolle gespielt; um einen „Konflikt zwischen den staatlichen Ansprüchen und dem Willen Gottes“ habe es sich ebenfalls nicht gehandelt. Die Entlassung Barths sei übrigens noch nicht endgültig, da ihm die Möglichkeit der Berufung bei dem Oberverwaltungsgericht offen stehe.

N. F. Z. 14. I. 35

Zu dieser Mitteilung erfahren wir von unterrichteter Seite folgendes:

1. Die am 6. November 1934 erfolgte Einleitung des Dienststrafverfahrens gegen Professor Barth sowie dessen vorläufige Dienstenthebung wurde in dem dem Genannten zugestellten amtlichen Schreiben einzig und allein mit dessen Stellungnahme zum Beamteneid begründet. Ein Zusatz lautete: „Erweiterung dieses Beschlusses auf weitere im Verlaufe des Untersuchungsverfahrens etwa auftretende Beschuldigungen bleibt vorbehalten.“
 2. Die vom 7. Dezember 1934 datierte Anschuldigungsschrift des Beamten der Staatsanwaltschaft bezieht sich in Punkt 1 auf Professor Barths Stellungnahme zum Beamteneid, Punkt 2 spricht von privaten Äußerungen Professor Barths im Oktober 1933, Punkt 3 davon, daß Professor Barth es im Dezember 1933 unter Mitteilung an den Minister abgelehnt hatte, seine Vorlesungen mit dem deutschen Gruß zu eröffnen.
 3. Die schriftliche Begründung des Urteils vom 20. Dezember 1934 liegt Professor Barth bis zur Stunde noch nicht vor. Aus der amtlichen Pressenachricht über dieses Urteil (Nr. 2330 vom 21. Dezember) war nicht erkennbar, daß die Frage der Eidesleistung für die Dienststrafkammer im Gegensatz zu den Dokumenten vom 26. November und vom 7. Dezember eine „untergeordnete Rolle spielte“.
- Weiter erfahren wir, daß Meldungen über die verschiedenen zukünftigen Arbeitsmöglichkeiten für Professor Barth, wie sie auch in der Schweizer Presse erschienen sind, den Tatsachen vorausseilen.

Neue Zeit. Zeitung

14. I. 35

25